

# Ein Berg an Herausforderungen

HEILBRONN Bundestagsabgeordnete aus der Region debattieren über die Flüchtlingsproblematik und die Folgen für die Wirtschaft

Von unserem Redakteur  
Sascha Sprenger

Wohl selten, wenn die Freunde der IHK-Wirtschaftsjunioren Heilbronn mehrere Bundestagsabgeordnete aus der Region zu „Berlin im Dialog“ einladen, sind sich die Protagonisten großteils so einig gewesen. Was aber auch am Thema lag, denn die Flüchtlingskrise schweißt auch Politiker parteiübergreifend zusammen – und wenn es dazu noch um die Auswirkungen auf die Wirtschaft geht, zieht man im Land ohnehin eher mal gemeinsam an einem Strang.

**Löhne** Mindestlohn und ortsüblicher Tariflöhne stehen bei der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt nicht zur Disposition, erklärten Matthias Gastel (Grüne, Wahlkreis Nürtingen), Josip Juratovic (SPD), Richard Pitterle (Die Linke) sowie Thomas Strobl (CDU) auf die Fragen der Moderatoren Wolf Nietzer und Oliver Durst unisono.



Von links: Richard Pitterle (Linke), Moderator Oliver Durst, Josip Juratovic (SPD), Matthias Gastel (Grüne), Moderator Wolf Nietzer und Thomas Strobl (CDU). Foto: Sawatzki

„Es darf keinen Lohnwettbewerb nach unten geben“, betonte Strobl, während Gastel die schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse lobte sowie mehr Personal für die Bundesagentur für Arbeit einforderte. Lediglich beim Thema Vorrangprüfung herrschte Uneinigkeit: Während sich Strobl dafür aussprach, sahen die anderen keine Notwendigkeit, sie beizubehalten.

Beim Thema Aus- und Weiterbildung kritisierte Pitterle, dass gerade Baden-Württemberg viele Lehrer ausgebildet habe, diese aber vor allem wegen der Ankündigung der Landesregierung, Tausende Lehrerstellen abzubauen, das Land verlassen hätten. Gastel dagegen sieht das Land gut aufgestellt, sieht aber in dem kommenden Familiennachzug von Flüchtlingen eine weitere

Herausforderung, die man bereits jetzt angehen müsse. Juratovic monierte, dass sich die Duldung von Flüchtlingskindern ohne Bleibeperspektive, sobald sie sich in einer Ausbildung befinden, zwar gut anhört, in der Praxis aber sinnlos sei: „Denn welche Firma investiert in einen Lehrling, von dem sie weiß, dass er abgeschoben wird, sobald er seine Ausbildung beendet hat?“

Auf nötige Strukturmaßnahmen angesprochen, sehen alle die Einführung einer Gesundheitskarte für Asylbewerber als notwendig an – bis auf Strobl, der diese genau wie die Barauszahlung von Taschengeld im Voraus als Fehlanreiz ansieht, was wiederum Gäste etwas lauter werden ließ: „Sie glauben doch nicht im Ernst, dass Menschen für ein bisschen Taschengeld und eine Chip-

karte aus ihrer Heimat fliehen.“ Derweil sieht Pitterle die Stärkung kommunaler Wohnbaugesellschaften als unabdingbar an, um genügend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. „Aber da muss man Geld in die Hand nehmen, notfalls mit einer Verlängerung des Soli.“

**Wohnungsbau** Strobl ging diesbezüglich mit den Grünen im Land hart ins Gericht: 70 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau seien zu wenig, außerdem könne es nicht angehen, dass man „in dieser Situation sogar noch die Efeusorte auf dem Dach des Fahrradpflichtstellplatzes“ vorschreibe. „Wir sind hier nicht im Landtagswahlkampf“, monierte Juratovic und wies darauf hin, dass es dringendere Probleme gebe: „In manchen Notunterkünften wissen die Helfer nicht, wo sie die Leute für den Winter unterbringen sollen. Ich befürchte, dass wir uns bald darüber unterhalten müssen, was für uns alle noch weiter zumutbar ist, bevor der Winter kommt.“

484.9.10.15